

LOTHAR RIEBSAMEN

BUNDESTAGSABGEORDNETER
FÜR DEN WAHLKREIS BODENSEE



Bericht aus Berlin - Nr. 2 vom 27. Januar 2012



Sehr geehrte Damen und Herren,

die zweite Sitzungswoche begann für mich nicht in Berlin sondern in Brüssel. Am Montag fand dort ein Informationsbesuch der Arbeitsgruppe Gesundheit der CDU/CSU Fraktion statt. Abends ging es dann auf direktem Wege wieder in die Hauptstadt, um die Termine der Woche vorzubereiten.

Es geht voran in Europa. Die Verhandlungen zum dauerhaften Europäischen Rettungsschirm ESM sind soweit gediehen, dass der Vertragsentwurf den zuständigen Ausschüssen des Deutschen Bundestages in Kürze zugeleitet wird. Der ESM soll Anfang Juli in Kraft treten und 500 Milliarden Euro für die Stabilisierung der Eurozone bereitstellen. Auch bei den Verhandlungen zum Fiskalpakt sind die Finanzminister so gut vorangekommen, dass er auf dem Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs am 30. Januar 2012 verabschiedet werden kann. Nationale Schuldenbremsen werden dann verbindlich. Nach dem Zwischenstand vom 19. Januar zufolge soll der EuGH Sanktionen verhängen können, wenn ein EU-Staat gegen die EU-Vorschriften verstoßen hat. Dies sind alles wichtige Erneuerungen, die den Euro in der jetzigen weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise stabilisieren werden. Europa ist auf dem richtigen Weg.

Mit besten Grüßen

Lothar Riebsamen MdB

Platz der Republik 1 - 11011 Berlin
www.lothar-riebsamen.de

(0 30) 227 - 74 123

(0 30) 227 - 76 478

lothar.riebsamen@bundestag.de

Die Woche im Bundestag

Montag, 23.01.

Informationsbesuch des Gesundheitsausschusses in Brüssel

In zahlreichen Gesprächen informierte ich mich mit den Mitglieder der AG Gesundheit der CDU/CSU Bundestagsfraktion über die europäische Gesundheitspolitik. In einem Gespräch erläuterte uns der Kommissar für Gesundheit der Europäischen Kommission John Dalli geplante Vorhaben.

John Dalli, Europäischer Kommissar für Gesundheit und Verbraucherschutz



Dienstag, 24.01.

Besuch der Diehl-Betriebsräte

Die Betriebsräte der Diehl-Werke im Bodenseekreis traf ich zu einem Gespräch in meinem Berliner Büro. Diehl ist eines der wichtigsten Unternehmen am See. Das Familienunternehmen unterhält in Überlingen eines seiner größten Werke.

Mittwoch, 25.01.

Podiumsdiskussion des Bundesverband Managed Care e.V

Der Bundesverband Managed Care e.V. veranstaltete eine Podiumsdiskussion zum Thema „Patientenorientierung durch Wettbewerb“ zu der ich als Podiumsreferent eingeladen war. In der interessanten Runde mit Abgeordneten aller im Bundestag vertretenen Parteien stellte ich meine Ansichten zum Thema Wettbewerb im Gesundheitssektor klar. Es muss einen Wettbewerb geben wenn es um die Qualität der medizinischen Versorgung geht. Beim Thema Wirtschaftlichkeit gibt es Grenzen. Dumpingentgelte im Krankenhaus darf es nicht geben.

Donnerstag, 25.01.

Grüne Woche Empfang von Bundesministerin Ilse Aigner

Am Donnerstag besuchte ich den Empfang der Bundesministerin Ilse Aigner anlässlich der Grünen Woche in Berlin. Die Grüne Woche ist die wichtigste und bedeutendste Messe zum Thema Ernährungswirtschaft, Landwirtschaft und Gartenbau. Jährlich besuchen rund 600.00 Menschen die Messe.

Freitag, 26.01.

Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus

Am Freitag gedachten die Abgeordneten des Bundestages den Opfer des Nationalsozialismus. Prof. Dr. Marcel Reich-Ranicki hielt anlässlich des nationalen Gedenktages eine Rede. Vor 67 Jahren, am 27. Januar 1945, hatten Truppen der Roten Armee das deutsche Konzentrationslager Auschwitz befreit. Seit 1996 ist der 27. Januar ein nationaler Gedenktag für die Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft.

Wir am See

B 31 muss vierspurig sein

Der letzte Woche von Martin Hahn in der Presse geforderte zwei-spurige Ausbau der B31 ist völliger Unsinn. Bereits in den 80er Jahren wurde festgestellt, dass das immense Verkehrsaufkommen in der Region mit einer Verkehrsführung auf nur zwei Spuren nicht gestemmt werden kann, sondern nur mit einer groß angelegten 4-spurigen Straße. Eine neue Diskussion ist kontraproduktiv, da bereits ein Baurecht für die 4-spurige Variante vorliegt. Würde man sich vom geplanten Ausbau entfernen, wäre die Arbeit der letzten Jahre umsonst gewesen und man müsste völlig von neuem mit der Planung beginnen. Wieder würden Jahrzehnte ins Land gehen, bis man den Planungsstand erreicht, der jetzt bereits besteht.

Die Idee von Hahn, nur eine abspeckte Variante zu realisieren ist ein irreführendes Signal an den Bund. Dadurch entsteht der Eindruck, im Bodenseekreis wäre man sich nicht einig. Wenn wir vor Ort Streit über die B31 haben, geht gar nichts voran. Ich fordere die SPD in der Landesregierung auf, Klarheit zu schaffen und sich für die 4-spurige Variante der B31 einzusetzen.

Bodensee-Region profitiert von Städtebauförderung

Die Städtebauförderung des Bundes hat in den vergangenen Jahren nachhaltig in die städtische Infrastruktur im Wahlkreis Bodensee investiert. Zwischen 1971 und 2010 wurden Bauprojekte in ganz Deutschland mit 14 Milliarden Euro Bundesmitteln unterstützt. Auch Langenargen, Pfullendorf, Markdorf und Friedrichshafen profitierten von den Geldern. Das teilte das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung jetzt in einem Brief an Lothar Riebsamen mit. Die Gelder fördern den sozialen und wirtschaftlichen Wandel und kurbeln die Wirtschaftskraft an. So stoßen die Investitionen das siebenfache Volumen an, wovon Handwerks- und Baugewerbebetriebe profitieren. Auch in Zukunft werden Bundesmittel bereit stehen.



Die Stadt Friedrichshafen profitierte von den Bundesmitteln, die für das Städtebauförderungsprogramm bereitgestellt wurden.

Fakten & Meinung

Der Abzug aus Afghanistan beginnt.

In dieser Woche entschied der Bundestag über die Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte am Einsatz der Internationalen Schutztruppe in Afghanistan (ISAF). Die Mandatsobergrenze wird von jetzt 5.350 auf 4.900 Soldatinnen und Soldaten gesenkt. Nach zehn Jahren wird Deutschland erstmals die Zahl der Soldatinnen und Soldaten, die dort einen tapferen Einsatz leisten, verringert. 2014 soll der Einsatz in seiner bisherigen Form beendet sein. Dabei muss jedoch klar sein, dass eine verantwortbare Übergabe der Sicherheit immer Vorrang hat vor der Verwirklichung ehrgeiziger Zeitpläne. Unser militärisches Engagement wird soweit reduziert, wie es sicherheitspolitisch zu verantworten ist

Schwarzarbeit geht zurück

Die Schwarzarbeit wird das dritte Jahr in Folge weiter zurückgehen. Das Institut für angewandte Wirtschaftsforschung, nennt als Gründe die positive Entwicklungen am Arbeitsmarkt und die florierende Wirtschaft in Deutschland. Dennoch werden nach Schätzungen des IAW insgesamt rund 350 Milliarden Euro durch Schwarzarbeit umgesetzt. Schwarzarbeit ist Gift für unser Land und schadet unseren sozialen Sicherungssystemen. Es gilt auch weiterhin die Schattenwirtschaft einzudämmen. Deutschland liegt mit der Größe der Schattenwirtschaft im OECD-Mittelfeld, während sich Österreich und die Schweiz im unteren Drittel befinden. Die südeuropäischen Länder haben ein Ausmaß der Schattenwirtschaft zwischen 20 % und 25 % des BIP und sind nach wie vor Spitzenreiter.

Demografischer Wandel

Die Bundesregierung berichtete in dieser Woche über ihre Forschungsagenda für den demografischen Wandel – **Das Alter hat Zukunft.** In dieser Forschungsagenda fassen die verschiedenen Ressorts unter Federführung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung ihre laufenden und geplanten Aktivitäten in diesem Bereich zusammen. Gerade im ländlichen Raum ist der demografische Wandel spürbar. Junge Menschen wandern in die Städte ab. Dadurch altert die Bevölkerung auf dem Land. Aber auch in vielen anderen Bereichen ergeben sich Probleme, z.B. beim Thema Gesundheit oder den Renten. Wir müssen durch eine kluge Politik versuchen, dass der demografische Wandel nicht mit voller Wucht unsere sozialen Sicherungssysteme ins Wanken bringt.

Termine (Auswahl)

So., 29.01.	18:00 Uhr	7. Fischbacher Neujahrsempfang – Festhalle Fischbach
Mi., 01.02.	09:00 Uhr	Gemeindebesuch in Wald
Do., 02.02.	19:30 Uhr	Kreisvorstandssitzung mit Ortsvorsitzendenkonferenz in Tettngang
So., 05.02.	10:30 Uhr	Narrentreffen in Bermatingen

Aufgelesen

„Baden-Württemberg ist nicht das Paradies, aber wir sind dicht neben dran.“
Thomas Strobl, Vorsitzender der CDU-Landesgruppe Baden-Württemberg